

BUND-Infobroschüre

# Infobroschüre für Kommunen zur EU-Einwegkunststoff-Richtlinie

Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutschland e.V. (BUND)

Kontakt:

Kontaktstelle „Knotenpunkt plastikfreie Küste“

BUND-Meeresschutzbüro

Dr. Dorothea Seeger

Telefon: 0421-79002-33

E-Mail: [Dorothea.Seeger@bund.net](mailto:Dorothea.Seeger@bund.net)

[www.bund-bremen.net/meer/Kommunen](http://www.bund-bremen.net/meer/Kommunen)

Juni 2021

## 1. Einführung

Die globale Kunststoffproduktion hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verzwanzigfacht. Mit der rasanten Entwicklung von unterschiedlichen Kunststoffarten und der Produktionssteigerung wuchs nicht nur der Nutzen, sondern auch ein massives Plastikmüllproblem. Bis 2035 wird sich die Kunststoffproduktion voraussichtlich ein weiteres Mal verdoppeln<sup>1</sup>. Mit dieser Kunststoffflut werden auch die Mülleinträge in die Meere immer größer und bedrohen Tiere und Umwelt. Die Kunststoffneuproduktion verursacht neben dem Plastikmüllproblem auch hohe Treibhausgasemissionen und verstärkt damit den Klimawandel. Jedes neu produzierte Kunststoffprodukt bedroht so direkt auch das Klima und damit auch indirekt unsere Ökosysteme.

**Das Plastikproblem ist global und macht nicht an Ländergrenzen halt.**

Im Juli 2019 ist die „EU-Richtlinie zur Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt“ (2019/901/EU) (im Folgenden: EU-Einwegkunststoff-Richtlinie) in Kraft getreten. Die Richtlinie hat das Ziel, die Verwendung von Einwegkunststoffartikeln zu reduzieren, langfristig eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu fördern und so auch die Vermüllung der Meere zu beenden.

Auch in Deutschland wird das Problem der Vermüllung an Nord- und Ostsee deutlich sichtbar. Sie verursacht unter anderem hohe Kosten für die Reinigung der Strände und wirkt sich negativ auf den Tourismus aus. Ein Stoffkreislauf für Kunststoffe wäre dringend notwendig, um die Auswirkungen auf die Natur zu verringern. Darüber hinaus muss die Nutzung von Ressourcen auch insgesamt stark reduziert werden, um Energie und damit Treibhausgasemissionen einzusparen.

Die proaktive Umsetzung der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie in deutschen Kommunen bietet einen klaren Ansatzpunkt zum Handeln. Es sollten nicht nur Vorgaben erfüllt, sondern direkte Maßnahmen abgeleitet werden.

Dieses Dokument soll Sie bei der Umsetzung der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie unterstützen und zeigt bereits bewährte Lösungsstrategien für die kommunale Praxis auf.

## 2. Was beinhaltet die EU-Einwegkunststoff-Richtlinie?

Kurz gesagt, beinhaltet die Richtlinie Verbote von bestimmten Einwegkunststoffartikeln, Zielvorgaben für Recyclingquoten und Rezyklatanteile. Sie soll sensibilisieren und zur Nutzung umweltfreundlicher Alternativen anregen. Eine wichtige Rolle dabei spielen die Hersteller\*innen mit einer Informationspflicht gegenüber den Endverbraucher\*innen und einer erweiterten Hersteller\*innenverantwortung. Sie müssen einen Teil der Abfallbeseitigung und Sensibilisierung finanziell tragen. Letztvertreibende müssen darüber hinaus Alternativen und Informationen für Kund\*innen bereitstellen.

---

<sup>1</sup> Rethink plastic alliance & BFFP, 2019

## Wann treten in Deutschland neue Regelungen in Kraft?

Die Verbote von bestimmten Einwegkunststoffprodukten nach Vorgaben der EU werden überwiegend in der Einwegkunststoffverbotsverordnung „1 zu 1“ in deutsches Gesetz umgesetzt und treten am 3. Juli 2021 in Kraft. In den nachfolgenden Jahren schließt sich eine Reihe von Neuerungen bis 2030 an.

## 3. Was wird in Deutschland bereits umgesetzt?

Im Wesentlichen bildet das Verpackungsgesetz (5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2234)) die Regelungen für Einwegkunststoff ab. Änderungen durch die neue EU-Einwegkunststoff-Richtlinie sollen im novellierten Verpackungsgesetz und daneben auch mit einzelnen Vorgaben im Kreislaufwirtschaftsgesetz und im Wasserhaushaltsgesetz umgesetzt werden. Dies ist im „Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen“<sup>2</sup> festgehalten. Es tritt am 3. Juli 2021 in Kraft.

In der Einwegkunststoffverbotsverordnung (EWKVerbotsV)<sup>3</sup> wurden Verbote von bestimmten Einwegkunststoffprodukten festgelegt, die ebenfalls am 03. Juli 2021 in Kraft treten. Diese Verordnung setzt die Verbote der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie „1 zu 1“ um. Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen, Becher, Lebensmittel- und Getränkeverpackungen aus Polystyrol plus Deckel, Wattestäbchen, Luftballonstäbe, alle Artikel aus oxo-abbaubarem Kunststoff (z.B. bestimmte Einkaufstaschen) sind dann verboten.

### Oxo-abbaubarer Kunststoff

Oxo-abbaubare Kunststoffe sind Kunststoffe, denen Additive zugesetzt wurden, welche eine Fragmentierung des Kunststoffes durch Einwirkung von UV-Licht und Sauerstoff ermöglichen sollen.

Da in Deutschland, anders als in anderen EU-Ländern, ein funktionierendes Einwegpfandsystem besteht, werden bereits heute Sammelquoten von 98 % für Einweggetränkeflaschen aus PET erreicht. In der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie ist eine getrennte Sammlung von 77 % der Kunststoffflaschen bis 2025 und 90 % der Kunststoffflaschen bis 2029 festgelegt. Diese Ziele wurden in Deutschland im kommenden Gesetz verankert, obwohl sie bereits erreicht sind.

Zur Erweiterung der Pfandpflicht nach § 31 Absatz 4 Satz 2 und 3 VerpackG wird in Deutschland die Einwegpfandpflicht auf sämtliche Einweggetränkeflaschen aus PET und auf alle Aluminiumdosen unabhängig von ihrem Inhalt ab 01.01.2022 erweitert. Allerdings gilt diese Pfandpflicht-Erweiterung erst ab dem 01.01.2024 auch für Milch oder Milcherzeugnisse in Einwegkunststoffgetränkeflaschen.

---

<sup>2</sup> Bundesregierung, 2021a

<sup>3</sup> Bundesregierung, 2021b

In den PET-Flaschen werden momentan zu 26,2 % recycelte Kunststoffe eingesetzt<sup>4</sup>. In der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie werden **Recyclingquoten** für Kunststoffflaschen von 25 % recyceltem Kunststoff bis 2025 und 30 % bis 2030 erwartet. Auch diese Vorgaben sind in Deutschland durch das Verpackungsgesetz bereits bzw. nahezu erreicht.



**Abbildung 1** Ab dem 3. Juli 2021 müssen die EU-Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie (EU) 2019/904 durch ihre nationalen Rechtsvorschriften sicherstellen, dass bestimmte Einwegkunststoffprodukte, die in ihrem Land in Verkehr gebracht werden, diese Kennzeichnungen auf der Verpackung oder dem Produkt selbst tragen. © Europäische Kommission

In der „Verordnung über die Beschaffenheit und Kennzeichnung von bestimmten Einwegkunststoffprodukten“ (Einwegkunststoffkennzeichnungsverordnung – EWKKennzV, Stand 18.02.2021) wird eine deutliche Kennzeichnung von Bechern, Feuchttüchern, Damenbinden, Tampons und Applikatoren sowie Tabakprodukten mit Filtern geregelt. Diese Produkte sollen laut der Richtlinie mit Hinweisen versehen werden, die deutlich machen, dass diese Artikel Kunststoff enthalten sowie die dazugehörigen Umweltrisiken und wie man die Produkte angemessen entsorgt. Die Kennzeichnung besteht aus einem Piktogramm und einem Text zur Kennzeichnung der jeweiligen Produktkategorie (siehe Abbildung 1). Weiterhin wird in der EWKKennzV auch geregelt, dass bis 2024 die Deckel und Verschlüsse von Getränkebehältern und Flaschen mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Litern aneinander befestigt sein sollen<sup>5</sup>. Die Kennzeichnungspflicht soll am 03. Juli 2021 in Kraft treten, während die Befestigung der Deckel erst zum 03. Juli 2024 erfolgen muss.

<sup>4</sup> PlasticsEurope Deutschland e.V., 2019

<sup>5</sup> Bundesregierung, 2021c

Deutschland verpflichtet ab 2023 über das novellierte Verpackungsgesetz Letztvertreibende für Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebecher Mehrwegalternativen zum Verkauf anzubieten und über Rückgabemöglichkeiten und deren Sinn und Zweck zu informieren. Allerdings gibt es hier Ausnahmen. Betriebe mit weniger als 80 m<sup>2</sup> Ladenfläche und weniger als fünf Mitarbeitenden müssen mitgebrachte Gefäße auf Wunsch befüllen und keine eigenen **Mehrwegalternativen** zum Kauf anbieten. Für eine effektive Reduktion der Plastikneuproduktion sollte Mehrweg schnell zum Standard in so vielen Geschäften wie möglich werden. Auch kleinere Geschäfte sollten teilnehmen, wenn eine neue Infrastruktur mit einheitlichen Pool-Mehrweg-Behältnissen aufgebaut wird, die unternehmensübergreifend genutzt werden können. Mit der Pflicht, Mehrweg anzubieten, setzt Deutschland die Anforderung der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie um, eine Reduzierung des Verbrauchs von Einwegkunststoffbechern und ihren Deckeln/Verschlüssen bis 2026 im Vergleich zu 2022 zu erreichen.

Bisher noch nicht in deutsches Gesetz übertragen, jedoch für 2023 geplant, ist die „Extended Producer Responsibility“ (im Folgenden EPR). Mit der EPR stehen auch die Hersteller\*innen im Fokus der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie. Diese werden sich an den Kosten der Abfallsammlung, -behandlung und -beseitigung sowie an den Kosten für Sensibilisierungsmaßnahmen beteiligen müssen. Die Beteiligung gilt für Lebensmittel- und Getränkeverpackungen, Flaschen, Becher, leichte

#### **Extended Producer Responsibility**

erweiterte Produzentenverantwortung (EPR) bedeutet, dass Hersteller\*innen an den Entsorgungskosten von Produktabfällen und den Sensibilisierungsmaßnahmen beteiligt werden.

Einkaufstaschen aus Kunststoff und Tabakprodukte mit Filtern. Auch bei Feuchttüchern und Luftballons werden die Hersteller\*innen die Kosten für Sensibilisierungsmaßnahmen, die Abfallbeseitigung und vor allem die Erhebung und Übermittlung der Daten tragen. Dies soll schrittweise bis 2023 (für Tabakprodukte, Umverpackungen wie Tüten- und Folienverpackungen) und 2024 (für alle weiteren Produkte) erfolgen.

#### **4. Gilt die Richtlinie auch für Produkte aus sogenannten Biokunststoffen oder beschichtete Artikel aus Pappe?**

Die Vorgaben der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie gelten auch für Produkte aus biologisch abbaubaren oder biobasierten Kunststoffen. Ebenso fallen auch Artikel die überwiegend aus Papier oder Pappe bestehen, aber mit Kunststoffen beschichtet sind unter die Richtlinie. Das heißt, dass Produkte, die nach der Einwegkunststoffverbotsverordnung ab 03. Juli 2021 nicht mehr in Verkehr gebracht werden dürfen, wie zum Beispiel Besteck, Teller und Trinkhalme, nicht durch Produkte aus sogenanntem Bioplastik ersetzt werden dürfen.

## 5. Timeline zur Umsetzung der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie in Deutschland

Die Vorgaben der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie, die noch nicht ins deutsche Gesetz aufgenommen wurden, sind grau hinterlegt.



Abbildung 2 Timeline der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie. Die Vorgaben, die noch nicht ins deutsche Gesetz aufgenommen wurden, sind grau hinterlegt. \* EPR extended producer responsibility

### Juli 2021:

- Verbot von Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen, Lebensmittel- und Getränkeverpackungen aus Polystyrol plus Deckel, Wattestäbchen, Luftballonstäbe, alle Artikel aus oxo-abbaubarem Kunststoff (z.B. bestimmte Einkaufstaschen).
- Deutliche Kennzeichnung von Bechern, Feuchttüchern, Damenbinden, Tampons und Applikatoren sowie Tabakprodukten mit Filtern mit einem Hinweis, dass der Artikel Kunststoff enthält, die dazugehörigen Umweltrisiken und wie sie angemessen entsorgt werden.
- Einwegpfandpflicht wird auf weitere Einweggetränkeflaschen aus PET und auf alle Aluminiumdosen erweitert (bisherige Ausnahmen von der Pfandpflicht sollen damit für Fruchtsäfte und Nektare wegfallen).

## 2023:

- EPR für Tabakprodukte, Umverpackungen wie Tüten- und Folienverpackungen.
- Letztvertreibende sind verpflichtet, für Einwegkunststofflebensmittelverpackungen und Einweggetränkebecher Mehrwegalternativen zu gleichen Konditionen anzubieten und über Rückgabemöglichkeit und deren Sinn und Zweck zu informieren.

## 2024:

- Deckel und Verschlüsse von Getränkebehältern und Flaschen mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Litern müssen befestigt sein.
- Einwegpfandpflicht wird auf weitere Einweggetränkeflaschen von Milch oder Milcherzeugnissen erweitert.
- EPR für Einwegkunststoffbecher, Lebensmittelverpackungen, Kunststoffflaschen, Plastiktüten, Fischernetze, Ballons und Feuchttücher.

## 2025:

- Kunststoffflaschen müssen zu mindestens 25 % aus recyceltem Kunststoff bestehen.
- 77 % der Kunststoffflaschen mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Litern werden getrennt gesammelt.

In Deutschland gibt es bereits ein funktionierendes Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen, welches bis zu 98 % der PET Einweg-pfandflaschen umfasst.

## 2026:

- EU-Länder sorgen für eine ehrgeizige und dauerhafte Verminderung des Verbrauchs von Einwegkunststoffbechern (+ Deckel/Verschlüsse) und Lebensmittelverpackungen gegenüber 2022.

## 2029:

- 90 % der Kunststoffflaschen mit einem Fassungsvermögen von bis zu drei Litern werden getrennt gesammelt.

Da in Deutschland PET-Flaschen bereits mit mindestens 25 % recyceltem Kunststoff hergestellt werden, hat diese Änderung keine Auswirkung.

## 2030:

- Kunststoffflaschen müssen zu mindestens 30 % aus recyceltem Kunststoff bestehen.

## 6. Handlungsempfehlungen für Kommunen: Werden Sie aktiv!

Mit den Maßnahmen erwartet die Europäische Kommission eine Verringerung der zehn am häufigsten an den Stränden gefundenen Einwegkunststoffartikel um mehr als 50 %. Dazu sollen die Maßnahmen zu einer Vermeidung von CO<sub>2</sub> Emissionen von 3,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr führen und weitere Kosten durch Umweltschäden in Höhe von 22 Milliarden Euro bis 2030 vermieden werden<sup>6</sup>.

### Es kommt Bewegung in das Thema Einwegkunststoff!

Mit den neuen Maßnahmen übernimmt Europa zugunsten zukünftiger Generationen Verantwortung im Meeres- und Umweltschutz. Doch die deutschen Zielvorgaben sind niedrig. Seien Sie ein Vorbild und erfüllen Sie die Richtlinie und setzen sich auch darüber hinaus für einen nachhaltigeren Umgang mit Einwegkunststoff in Ihrer Kommune ein.

Werden Sie schon heute aktiv, um die kommenden Maßnahmen lokal umzusetzen und gehen Sie voran für plastikfreie Meere und Strände. Lassen Sie sich von den folgenden erfolgreich umgesetzten Lösungsansätzen inspirieren und handeln Sie jetzt!

## 7. Erfolgreiche Lösungsansätze zur Umsetzung der EU-Einwegkunststoff-Richtlinie

In vielen Handlungs- und Problemfeldern gibt es bereits Lösungsansätze und Innovationsideen, die in verschiedenen Kommunen umgesetzt werden. Der BUND hat zusammen mit dem „Runden Tisch Meeresmüll“ mit dem Leitfaden „Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduktion des Plastikmüllaufkommens: Sammlung von Best-Practice-Beispielen“<sup>7</sup> eine sehr ausführliche Auflistung von erprobten Beispielen bereitgestellt (<https://www.muell-im-meer.de/Kommunen-Best-Practice>). In einem zweiten Leitfaden werden die rechtlichen Regelungsmöglichkeiten ausführlich dargestellt. Dieser Leitfaden ist aktuell noch in Arbeit und wird dann auf der Website des Runden Tisch Meeresmülls veröffentlicht werden. Im Folgenden stehen ausgewählte Beispiele im Bezug zur EU-Richtlinie im Fokus.

### 7.1. Mehrweg – Verbote umsetzen, Alternativen bieten

In Deutschland gehören circa 18 % der pro 100 Meter Strandabschnitt gefundenen Abfälle zu den Kategorien Trinkhalme, Einweg-Verpackungen, -Geschirr und -Becher<sup>7</sup>. Ab Juli 2021 werden diese und weitere Einwegkunststoffprodukte verboten. Unterstützt werden sollten diese Verbote mit einer Ausweitung von Mehrwegsystemen und mit kommunalen Mehrweggeboten.

---

<sup>6</sup> EU, 2019

<sup>7</sup> Runder Tisch Meeresmüll, 2019



## Best-practice-Beispiele

### Mehrwegsysteme fördern

Als Kommune ist es möglich, sich einem überregionalen Mehrwegpfandsystem für Coffee-to-go Becher anzuschließen, regionale Projekte zu fördern oder ein eigenes lokales Pfandsystem zu initiieren. Auch für Speisen gibt es Mehrwegsysteme mit Mehrweg-Boxen, denen Sie sich anschließen können, oder die Möglichkeit eigene Mehrwegsysteme zu etablieren. Die Kampagne „Essen in Mehrweg“ stellt Beispiele für diese Lösungen ausführlich dar: <https://www.esseninmehrweg.de/mehrwegloesungen-fuer-die-gastronomie/>



Abbildung 3 „Einmal ohne bitte“  
©<https://www.einmalohnebitte.de>

### Nutzung von kundeneigenen Gefäßen fördern

Auch die Nutzung von selbst mitgebrachten Gefäßen für Getränke oder Speisen kann große Mengen an Müll vermeiden. Um Kund\*innen darauf aufmerksam zu machen, dass mitgebrachte Gefäße erwünscht sind, gibt es die Label „Packbuddy“ (<http://packbuddy.de>) und „Einmal ohne, bitte“ (<https://www.einmalohnebitte.de>).

### Mehrweg bei Veranstaltungen

Auch die Nutzung von Spülstationen und damit von Mehrweggeschirr bei Festen und Veranstaltungen kann kommunal ein effektiver Lösungsansatz sein. Somit wird Müll vermieden und Ressourcen werden geschont.

Die Spülstationen können als Anhänger oder auch in kleinerer Version auf einem Lastenrad gemietet oder gekauft werden. Ein Beispiel ist die „Spülbar“ in Kiel, die auf dem Wochenmarkt Müll einspart (<https://spuelbar.com>).



Abbildung 4 Spülbar-Rückgabestation in Kiel.  
©<https://www.yooweedoo.org/de/news/cafe-to-go-nein-danke>



Abbildung 5 „Refill“-Logo  
©<https://refill-deutschland.de>

### Getränkeflaschen reduzieren

Auch um den Verbrauch von Einweg-Getränkeflaschen zu reduzieren, kann auf Mehrweg gesetzt werden. Dafür sollten die Kommunen mehr öffentliche Trinkwasserspender bereitstellen und Restaurants und Shops dazu bewegen, Wasser umsonst aufzufüllen. Eine Initiative mit diesem Ziel ist „Refill“. Mit den Refillaufklebern können z. B. Gastronom\*innen oder Ladenbetreiber\*innen zeigen, dass sie mitgebrachte Flaschen und Behälter mit Trinkwasser befüllen (<https://refill-deutschland.de>).

## 7.2. Kennzeichnungspflicht – klare Sache

Die Kennzeichnungspflicht von einzelnen Produkten muss künftig von den Hersteller\*innen durchgeführt werden. Dennoch gibt es auch kommunale Möglichkeiten die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und über die richtige Entsorgung aufzuklären – z. B. auch in Bezug auf Zigarettenkippen.

Es sollte eine klare Kennzeichnung für die **Entsorgung von verrottbaren Kunststoffalternativen** (z. B. aus unbeschichtetem Holz, Bambus oder Papier<sup>8</sup> – NICHT sogenanntes Bioplastik) auf eigenen Veranstaltungen geben, damit diese Materialien kompostiert werden können. Dies kann zum Beispiel mit deutlich sichtbaren Schildern und farblich getrennten Mülltonnen unterstützt werden.

Natürlich sollten im ersten Schritt, wann immer möglich, direkt hochqualitative Mehrwegalternativen die Einwegprodukte ersetzen und so das Müllaufkommen verringern.



Abbildung 6 Farblich getrennte Mülleimer auf Sylt.  
© Byebye Plastik Sylt.

Auch Hinweisschilder auf öffentlichen Toiletten können über die richtige **Entsorgung von Damenhygieneartikeln** und ihre wiederverwendbaren Alternativen aufklären. Diese Informationen können den Verbraucher\*innen eine Entscheidungsgrundlage geben, um bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und Produkte korrekt zu entsorgen. Auch für **Zigarettenkippen** ist im Gesetz eine Kennzeichnung vorgesehen, diese sollte vor Ort mit zusätzlichen Maßnahmen unterstützt werden.

<sup>8</sup> Holz, Bambus oder Papier belasten das Meer nicht so lange wie Plastik, aber sie produzieren andere, gewichtige Probleme: z.B. kommt der meiste Zellstoff – über 1 Millionen Tonnen pro Jahr – aus Brasilien, d.h. Regenwald musste dafür abgeholzt werden.

## Best-practice-Beispiele

### Kippen richtig entsorgen



Abbildung 7 Der Ostsee-Ascher in Rostock © Dennis Gräwe (LUNG-MV)

Kommunen an der Küste können Infotafeln an den Stränden aufstellen oder Aschenbecher in Szene setzen, wie es z. B. in Rostock-Warnemünde gemacht wird. Hier stehen Ostseeascher, die Rauchende animieren, ihre Zigarettenreste in witzige Aschenbecher, anstatt in die Umwelt zu werfen (<http://meeresmuell.de/muell-sammeln/ostsee-ascher/>).

Ein weiterer Ansatz wäre die Aufklärung bei Zahlung der Kurtaxe oder in der Strandkorbvermietung. Hier gibt es den persönlichen Kontakt und es besteht die Möglichkeit, zu informieren oder wiederverwendbare Taschenaschenbecher auszugeben.

### Rauchfreie Bereiche einführen

Auf Rügen wurden 2009 erstmals ganze Strandabschnitte als rauchfreie Abschnitte gekennzeichnet. Solche markierten Zonen oder die Bereitstellung von Raucherbereichen mit genügend Aschenbechern, kann das Müllaufkommen verringern (<https://www.paradies-ruegen.de/ruegenblog/rauchfreie-straende/>).

## 8. Weiterführende Maßnahmen – da geht noch mehr!

Die Richtlinie bringt alle EU-Länder im Kampf gegen Einwegkunststoff auf einen Nenner. Deutschland hat bereits ein paar Dinge umgesetzt und sollte sich daher nicht auf den in manchen Bereichen niedrig erscheinenden Anforderungen der EU ausruhen. Es gilt Investitionen und Innovationen zu fördern und intelligente und nachhaltige Mehrweg-Infrastrukturen im Sinne einer echten Kreislaufwirtschaft auf kommunaler Ebene weiter zu entwickeln, so dass sie die sehr effizienten und vorherrschenden Einweg-Infrastrukturen langfristig ersetzen können. Dazu reicht eine „1 zu 1“ Umsetzung der Vorgaben nicht aus.

### Was können Kommunen noch tun?

- Appellieren Sie an Ihre ortsansässigen Unternehmen, die Plastikreduktion voranzutreiben und generell den Ressourcenverbrauch zu minimieren. Auch im Business-To-Business-Bereich gibt es Mehrwegsysteme, welche unternehmensübergreifend Standard werden sollten. Hier können ähnlich große Mengen an Verpackungsmüll wie im Endconsumer-Bereich eingespart werden. Beispiele sind hier Mehrwegpaletten (aus Holz oder Kunststoff), Gemüse- oder Obstkisten ("grüne Klappsteige") oder blaue Kunststofffässer.

- Stellen Sie verpflichtende Regeln für öffentliche Veranstaltungen auf, die den Verbrauch von Plastik (und auch Papier) senken und die Abfallentsorgung kontrollieren.
- Stellen Sie Mülleimer zur Mülltrennung auf und informieren Sie über ihren Nutzen für die Verwertung.
- Arbeiten Sie mit der Abfallwirtschaft zusammenarbeiten und machen Sie die Abfallverwertung sichtbar.
- Fördern Sie Unverpacktläden und Wochenmärkte (oder ähnliche Modelle) organisatorisch und finanziell.
- Bieten Sie Veranstaltungen wie Workshops oder Vorträge zum Thema Plastikmüll an.
- Sprechen Sie über Social Media auch junge Einwohner\*innen an und motivieren Sie zum Mitmachen.
- Gehen Sie mit gutem Beispiel voran! Setzen Sie Plastikmüllvermeidung auf die Agenda in Ihrer Kommune!



## 9. Referenzen

Bundesregierung 2021a, 09.06.2021, Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen, [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBL&jumpTo=bgbl121s1699.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl121s1699.pdf), Abgerufen am: 23.06.2021

Bundesregierung 2021b, 20.01.2021, Verordnung über das Verbot des Inverkehrbringens von bestimmten Einwegkunststoffprodukten und von Produkten aus oxo-abbaubarem Kunststoff, Einwegkunststoffverbotsverordnung – EWKVerbotsV, [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBL&jumpTo=bgbl121s0095.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl121s0095.pdf) Abgerufen am: 23.06.2021

Bundesregierung 2021c, 24.06.2021, Verordnung über die Beschaffenheit und Kennzeichnung von bestimmten Einwegkunststoffprodukten (Einwegkunststoffkennzeichnungsverordnung – EWKKennzV), [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBL&jumpTo=bgbl121s2024.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl121s2024.pdf) Abgerufen am: 29.06.2021

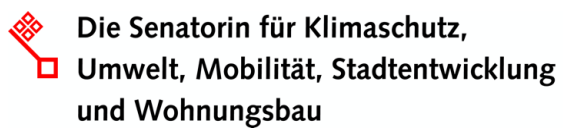
Europäische Union, 2019, Gezeitenwechsel bei Einwegkunststoffartikeln, ISBN 978-92-76-12904-2, doi:10.2779/76759

Runder Tisch Meeresmüll und Unterarbeitsgruppe „Kommunale Vorgaben“, September 2019, Handlungsoptionen für Kommunen zur Reduktion des Plastikmüllaufkommens: Sammlung von Best-Practice-Beispielen

Rethink Plastic alliance & Break Free From Plastic collectively, Oktober 2019, Moving away from single-use. Guide for national decision makers to implement the single-use plastic directive

PlasticsEurope Deutschland e.V., 07.02.2019, Aktuelle Studie zum Wertstoffkreislauf: Recyclingquote für PET-Getränkeflaschen weiterhin auf hohem Niveau, <https://newsroom.kunststoffverpackungen.de/2019/02/07/aktuelle-studie-zumwertstoffkreislauf-recyclingquote-fuer-pet-getraenkeflaschen-weiterhin-auf-hohem-niveau/>, Abgerufen am: 29.03.2021

Die Infobroschüre wurde gefördert von



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

